

Einleitung

»Wir sind doch nicht in einem Gottesstaat, wir sind doch in Europa«

In den letzten Jahren ist die Geschlechter- und Sexualitätspolitik Polens immer wieder in die Schlagzeilen der deutschen und europäischen Presse geraten. Vor allem homophobe Äußerungen rechtskonservativer oder auch rechtsklerikaler Politiker¹ aus Polen erhitzen die westlichen Gemüter und betonten die Kluft zwischen so genannten europäischen Werten und den in Polen zum Ausdruck gebrachten.² Einen erneuten Höhepunkt erlebte die Entzündung im »Europäischen März« des Jahres 2007. So empörte sich am 21. März 2007 der Berliner *Tagesspiegel* unter dem Titel *Kein Wort über Schwule*

- 1 Das Buch wurde in einer beide Geschlechter berücksichtigenden Weise verfasst. An bestimmten Stellen verwende ich jedoch ausschließlich die männliche oder ausschließlich die weibliche Form. Dies ist dann der Fall, wenn eine »geschlechtergerechte« Schreibweise zu einer Verzerrung, d.h. zu einer »geschlechterunge-rechten« Repräsentation führen würde, also immer dann, wenn keinesfalls beide Geschlechter gleichermaßen vertreten sind oder die beschriebene Situation nur ein Geschlecht betrifft bzw. ein Argument von nur einem Geschlecht vertreten wird.
- 2 Hier nur eine kleine Auswahl der Artikel, die zum Thema Homosexualität in Polen im Jahr 2006 erschienen sind: 10. März 2006: Eklat bei Kaczyńskis Besuch in Deutschland (Stuttgarter Zeitung); 14. März 2006: Wenn Claudia Roth als SA-Frau kommt (Süddeutsche Zeitung); 1./2. April 2006: Null Toleranz (Süddeutsche Zeitung); 18.05.2006: Polens Nationalisten attackieren Schwule (Stuttgarter Zeitung); Juni 2006: Auf nach Warschau! (Siegessäule Berlin); 31. Mai 2006: Wir wollen in Warschau für Homosexuelle Flagge zeigen (Berliner Zeitung); 3. Juni 2006: Polens Justiz gegen Homosexuelle (Stuttgarter Zeitung); 9. Juni 2006: Nur die Mutter weiß, dass Piotr einen Mann liebt. Der Alltag von Homosexuellen in der polnischen Provinz (Stuttgarter Zeitung); 10. Juni 2006: Mit gewalttätigen Übergriffen wird gerechnet (Stuttgarter Zeitung); 12. Juni 2006: Der lange Marsch zur Toleranz, (Süddeutsche Zeitung); 12. Juni 2006: Homosexuelle demonstrieren in Warschau, (Berliner Zeitung).

und Lesben. *Polnischer Minister will Schriften über Homosexualität in Schulen verbieten* über die Äußerungen des polnischen Bildungsministers Roman Giertych, der alle Publikationen, wie Aufklärungsmaterialien über homosexuelle Beziehungen, an Schulen verbieten will und LehrerInnen mit Entlassung droht, die gleichgeschlechtliche Beziehungen auch nur erwähnen. Der Artikel reiht sich ein in eine Serie von *Schwulenhatz und Kulturkampf* – (1. März 2007) und Empörung in der deutschen Politik und Presse, die von *Männern auf einer Mission* (*Berliner Zeitung* 3. März 2007) berichten, wenn der polnische *Bildungsminister Giertych das Heil im Katholizismus findet* und damit Europa erregt (*Auch Darwin ist des Teufels*, *Stuttgarter Zeitung*, 13. März 2007). Schließlich wurde lakonisch festgestellt, dass *Intellektuelle Debatten keiner erwarten [darf]* (*Rhein-Neckar-Zeitung*, 20. März 2007). Die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete gar von einem Sturm der Entrüstung unter »Westeuropäern«³ und der Verärgerung der Europäischen Kommission angesichts der erneuten homophoben Äußerungen Giertychs, ließ jedoch auch das Missfallen des polnischen Präsidenten Kaczyński an Giertychs Auslassungen nicht unerwähnt. Zwar glänzte auch dieser nicht mit einer »europagerechten Einstellung« zum Thema Homosexualität, doch habe er, wird er in der NZZ zitiert, Giertych nicht dazu autorisiert, zu diesem Thema zu sprechen (NZZ, 7. März 2007).

Die *Netzeitung* zitierte den Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Bundestag, Volker Beck, mit den Worten: »Europarat und Europäische Union fühlen sich den Menschenrechten verpflichtet, was den Schutz vor Diskriminierung für Homosexuelle einschließt« (*Netzeitung*, 14. März 2007). Auch die FDP erwartete klare Worte von der deutschen Bundeskanzlerin: »Merkels Botschaft muss sein: Polen muss sich Europa-konform verhalten.«

Für Aufregung sorgte Giertych vor allem durch seine Äußerungen bei der EU-Kulturministerkonferenz am 1. März 2007 in Heidelberg. In einer Debatte über Europas gemeinsame Werte, so berichtete der *Spiegel-Online* noch am selben Abend, schimpfte er über Gesellschaften, in denen die Abtreibung erlaubt sei und bereits Elfjährige an Homosexualität gewöhnt würden. Zum Thema Abtreibung erklärte er: »Dieses von mehreren Parlamenten legalisierte Verbrechen ist eine neue Form der Barbarei. Eine Nation, die ihre eigenen Kinder umbringt, ist eine Nation ohne Zukunft. Ein Kontinent von Menschen, die ihre eigenen Kinder ermorden, wird von jenen ersetzt werden, die sie nicht umbringen« (*Spiegel Online*, 1. März 2007).

Im Sejm, dem polnischen Parlament, wurde Giertych noch deutlicher und stellte seine »Sorge« nicht nur um Polen, sondern auch um Europa ins Zentrum seiner Argumentation. Anlässlich des Dritten Nationalen Tag des Lebens 2007 in Polen (*III Narodowy Dzień Życia*) erklärte er, dass es immer weniger

3 Meine Hervorhebung.

Menschen gäbe und Europa für dieses Übel verantwortlich sei. Er fügte hinzu: »Unser Kontinent ist in einem dramatischen Zustand, er entvölkert sich und in Westeuropa gibt es mehr Moscheen als Kirchen. Darum sollte Polen das Leben von der Empfängnis an schützen.«⁴ Im Zuge dessen wies er darauf hin, er hoffe, dass das polnische Parlament dieser Aufgabe gewachsen sei und die Veränderung der Verfassung, die das Leben des Menschen von der Empfängnis an bis zu seinem natürlichen Tod schützen solle, effektiv durchführen werde. »Diese Frage soll nicht nur ein Zeugnis für die Sicherstellung des Rechts vom Moment der Empfängnis bis zum natürlichen Tod jedes Polen sein, sondern soll ein Beispiel für die Nationen Europas sein, den Rückzug von dieser Todeskultur anzutreten, die in den letzten Jahrzehnten zum Mord an Millionen von Europäern geführt hat. Ein solches Morden und diese Grausamkeit kennt keinen Vergleich in der Geschichte«, so der polnische Bildungsminister.

Die rhetorischen Anleihen am Holocaust sind dabei nicht nur höchst bedenklich, sondern keinesfalls einzigartig. So löste bereits im November 2005 eine von polnischen Europaabgeordneten organisierte Ausstellung im Europäischen Parlament mit dem Titel »Leben und Kinder in Europa« heftige Kontroversen aus. Die Ausstellung zeigte unter anderem Fotos zweier Kinder hinter Stacheldraht, eines davon in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager. Ein die Fotos begleitender Schriftzug setzte einen Vergleich zwischen Abtreibung und der Shoa. Nach einer Analyse durch das Parlament wurde die Ausstellung mit der Begründung abgebrochen, dass ihre ursprüngliche Intention verändert worden sei. Der polnische Europaabgeordnete Maciej Marian Giertych, Vater von Roman Giertych und Initiator der Ausstellung, bemerkte daraufhin, dass das EU-Parlament einen Mangel an Toleranz zeige und eine legale und zuvor genehmigte Ausstellung zensiere. Der ehemalige polnische Europaabgeordnete Wojciech Wierzejski kündigte in Warschau seine Absicht an, die Ausstellung unter dem Titel »Verbotene Ausstellung« in ganz Polen zu präsentieren: »In Grundschulen, Mittelschulen und Hochschulen, in lokalen Parlamenten, Gemeinden und Pfarreien im ganzen Land.« Es habe sich gezeigt, so Wierzejski, dass unschuldige Tafeln, die die Wahrheit über das menschliche Leben zeigen, eine satanische Wut bei der europäischen Elite auslösen. Im Europaparlament könnten sich Feministinnen, Marxisten und Trotzkiten präsentieren, nur nicht die Verteidiger des Lebens, diejenigen, die das Leben und die Familie verteidigen.⁵

4 Siehe: Nasz Dziennik vom 24. März 2007: Giertych i Jurek: Chronić życie poczęte!

5 Hier übersetzt und paraphrasiert aus Sejm: Kontrowersyjna wystawa antyaborcyjna, <http://wiadamosci.onet.pl/1199794,11,item.html>, onet.pl, Wiadomości 22.11.2005.

Auch der »Fall Alicja Tysiąc« gehört zu dieser März-Serie im Jahr 2007, die Polens Sexual- und Geschlechterpolitiken zum Thema machte. Der sehbehinderten Alicja Tysiąc, so berichtet *Der Tagesspiegel*, wurde von polnischen Ärzten eine Abtreibung verwehrt, obwohl sie mit gesundheitlichen Schäden rechnen musste. Nach der Geburt ihrer Tochter erblindete sie fast völlig. Nachdem Alicja Tysiąc Klagen auf Schadensersatz in Polen verloren hatte, wendete sie sich mit Hilfe von Frauenorganisationen an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Im März 2007 schließlich verurteilte dieser den polnischen Staat zu einem Schadensersatz in Höhe von 30.000 Euro.

Das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs in Straßburg gab den Anlass über das polnische Anti-Abtreibungsgesetz, eines der restriktivsten in Europa, zu berichten und konterkarierte damit den »Europäischen März«, in dem die EU ihr 50-jähriges Bestehen feierte. Laut dem österreichischen Standard erklärte der Gerichtshof darüber hinaus, dass die polnischen Gesetzesbestimmungen hinsichtlich Abtreibung unklar seien. Ärzte und Ärztinnen wagen häufig nicht, einer Abtreibung zuzustimmen, da ungerechtfertigte Abtreibungen in Polen mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden können.

Debatten über das Abtreibungsgesetz in Polen sind jedoch keine neue Erscheinung, denn seit Bestehen der neuen Demokratie avancierte Abtreibung respektive Schwangerschaftsunterbrechung zum ideologischen Thema Nr. 1, was allerdings bisher nur wenige kritische Stimmen aus Westeuropa provozierte. Hätte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof nicht dieses Urteil gefällt, vielleicht wäre dann auch die seit November 2006 zur Debatte stehende Verankerung des Anti-Abtreibungsgesetzes in die polnische Verfassung kein wirkliches Thema im »Westen« geworden. Hätte der Vorschlag bei der Abstimmung eine Mehrheit im Sejm erlangt, wäre mit dem Artikel 38 künftig das Leben vom Zeitpunkt der befruchteten Eizelle bis zum natürlichen Tod unter den absoluten Schutz des Staates gestellt worden.

Doch bereits im Vorfeld der Abstimmung zerstritten sich die beiden Parteien, Prawo i Sprawiedliwość (PiS, dt. Recht und Gerechtigkeit) und Liga Polskich Rodzin (LPR, dt. Liga der Polnischen Familien), die diesen Vorschlag zur Abstimmung eingereicht hatten. Während der Vorsitzende Marek Jurek, zu diesem Zeitpunkt noch Abgeordneter von PiS, der größte Befürworter einer »Verbesserung der Verfassung« war, die den Schutz des Lebens stärke (vgl. *Nasz Dziennik* vom 20.03.2007), hielt der Gesundheitsminister Polens, Zbigniew Religa (parteilos), das Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs für richtig und wendete sich damit gegen eine Verschärfung. Schwangere Frauen, so Religa, seien durch die arbiträren Entscheidungen von Ärzten in ihrer Gesundheit gefährdet. »In dieser Angelegenheit haben drei Augenärzte darauf hingewiesen, dass sich die Sehkraft verschlechtern werde, wenn die Schwangerschaft ausgetragen wird. Aber dem wurde keine Aufmerksamkeit

geschenkt. Hier herrscht eine Atmosphäre der Angst. In einem demokratischen Staat freier Bürger sollte dergleichen nicht stattfinden« (vgl. *Nasz Dziennik* vom 21.03.1007). Nachdem die Abstimmung gegen die Aufnahme in die Verfassung und gegen eine Verschärfung ausgefallen war, verließ Marek Jurek die Partei, um eine eigene zu gründen.

Mit den Schlagzeilen *Für Gott und Vaterland* und *Mit Gott und Nation gegen Abtreibung* überschrieben *Der Tagesspiegel* (30. März 2007) und die *Tagesschau* (ebenfalls 30. März 2007) ihre Berichte über die letzten Proteste gegen die Abstimmung in Polen und beschrieben die kontrastierenden Bewegungen, die Lebensschutzbewegung einerseits und das *pro-choice*-Milieu andererseits; erstere kämpften im Namen Gottes für das Leben und für Polen, letztere beriefen sich auf Europa und die Europäische Union: »Wir sind doch nicht in einem Gottesstaat, wir sind doch in Europa.«

Ausblick auf die Herausforderungen an die EU

Im Folgenden soll es nicht um die deutsche oder westeuropäische Rezeption der polnischen Sexual- und Geschlechterpolitiken gehen. Die Reaktionen auf diese allerdings weisen darauf hin, was die »westeuropäischen« Entrüstungen einerseits und die Äußerungen der polnischen rechts-konservativen Politiker andererseits verbindet: die Kontroverse über die Bedeutung von Demokratie, Freiheit und Gleichheit. Die Entrüstungen über die Äußerungen offenbaren jedoch Divergenzen, die – gerade im »Europäischen März«, in dem die EU-Staatschefs zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge die *Berliner Erklärung* verfasst haben – besonders brisant erscheinen. Darin werden die gemeinsamen Ideale der Europäischen Union benannt: »Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen sind gleichberechtigt.«

Trotz der Erklärung, die darüber hinaus das Streben der Union nach Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit postuliert, sowie gegenseitigen Respekt und Verantwortung, das Bestreben nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, nach Gerechtigkeit und Solidarität betont, zeigen die Debatten der letzten Jahre, sowohl in Polen als auch im Europäischen Parlament, wie auch die Kommentare internationaler Medien, dass nach wie vor unklar ist, was Begriffe wie Demokratie, Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz oder auch Gleichberechtigung bedeuten. Diese Divergenzen verdeutlichen auch, dass die europäischen Werte und Ideale offenbar keinesfalls so klar sind, wie es die Eliten der Europäischen Union gerne propagieren.

Angesichts der Äußerungen und Entrüstungen, die diese beiden oben beschriebenen Fälle nach sich zogen, wird deutlich, dass Freiheit und Toleranz nicht nur zwei Werte sind, die im Zentrum gegenwärtiger Definitionen von

Demokratie stehen, sondern dass Demokratie selbst ein Produkt spezifischer historischer und politischer Kontexte ist (vgl. Paley 2002). Dies erfordert nicht nur eine theoretische Rekonzeptualisierung von Demokratie; vor allem verdeutlichen diese Divergenzen die Notwendigkeit, Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Toleranz danach zu untersuchen, wie sie lokal verhandelt und herausgefordert werden.

Variationen über ein Thema

Die hier skizzierten Äußerungen weisen nicht nur auf zentrale Konflikte im gegenwärtigen Europa hin, sondern stellen Variationen über ein Thema in Polen dar: die Bedeutung von Demokratie und Polnischsein im Kontext von Transformation, Demokratisierung und Europäisierung. Giertychs Auslassungen sind nicht lediglich Bemerkungen eines extrem homophoben Politikers, sondern indizieren, dass der Wandel, für den das Jahr 1989 steht, zwei verschiedene und doch miteinander verknüpfte Prozesse umfasst, die zum Teil recht unterschiedlich auf die polnische Politik und Gesellschaft einwirken. Dabei bildet der Prozess, der aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch des Sozialismus resultierte und dessen Folgen – die Überführung in einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Staat – eine Ebene und ist zugleich Voraussetzung für jenen zweiten Prozess, oder jene zweite Ebene, die jedoch nicht gleichgesetzt werden kann mit ersterer: die Bewerbung um die EU-Mitgliedschaft, die EU-Beitrittsverhandlungen und schließlich der EU-Beitritt am 1. Mai 2004, ein Prozess, den ich kurz als »EU-isierungsprozess« (vgl. Fuchs und Hinterhuber 2006) bezeichnen möchte. Beide Ebenen beinhalten die wirtschaftliche und politische Neuorganisation, vor allem jedoch die gesellschaftliche und kulturelle Neuorientierung. Die Verhandlungen kultureller und sozialer Werteorientierungen, welche die beiden Prozesse der Demokratisierung und Europäisierung begleiten, offenbaren Spannungsfelder zwischen nationalen und supranationalen Normen bzw. zwischen Nation und Europa sowie Tradition und Liberalismus. Ein tiefgreifender Dissens hinsichtlich der Bedeutung von Nation, nationaler Identität, Familie und Individuum bildet den Hintergrund für die gesellschaftlichen und politischen Debatten bis in die Gegenwart Polens hinein.

In diesem Buch betrachte ich die Demokratisierung und Europäisierung in Polen als einen umkämpften Prozess der Konstituierung der polnischen Nation und frage, wie in diesem Prozess Vorstellungen von Geschlechterrollen und Sexualität als Instrumente zur Konstruktion der nationalen Identität eingesetzt werden. Der Ethnologe Peter Niedermüller (1994) glaubt einen Unterschied zwischen dem Nationen-Konzept in Ost- und Südosteuropa und dem Nationen-Konzept westlich-kapitalistischer Gesellschaften zu erkennen. Er konstatiert, dass Nation im Westen auf politischer Teilhabe basiere, während

Nation in Ost- und Südosteuropa auf Ethnizität und einem kulturellen Erbe beruhe und sich ein spezifischer »postsozialistischer« Nationalismus aus dem »Nationalismus als Widerstand« während des Sozialismus entwickelt habe. In Polen trat diese Form des »Nationalismus als Widerstand« sowohl als Strategie gegen die Fremdherrschaft Moskaus auf als auch im Jahrhunderte währenden Kampf um die Unabhängigkeit Polens als Nationalstaat sowie im Kampf um die Bewahrung der polnischen Kultur und Sprache während der drei Teilungen 1772, 1793 und 1795. Ich gehe davon aus, dass diese Historizität von Nationalismus als Widerstand andere Ausprägungen der »nationalistischen Konstruktion«, wie Niedermüller es nennt, zur Folge hatte. Niedermüller fordert die Ethnologie dazu auf, die Funktionen der nationalistischen Konstruktion zu beschreiben. Mich interessiert, welche Instrumente für die Rekonstituierung der polnischen Nation und des polnischen Staates herangezogen wurden. Die Unterscheidung zwischen Nation und Staat ist hier essentiell, weil der Staat bis 1989 als »fremd« empfunden und dargestellt wurde, während sich der Staat nach 1989 um eine Vereinigung von Nation und Staat bemühen musste.⁶ Das heißt, Ziel der Regierungen nach 1989 musste es sein, den Staat erneut als »eigen« oder »unser« zu definieren und zu legitimieren.

Die Politikwissenschaftlerin Vlasta Jalušić (2003) konstatiert Ähnliches wie Niedermüller, doch richtet sie ihr Augenmerk weniger auf das Nationenkonzept als vielmehr auf Konzepte von Bürgerschaft bzw. Citizenship. So betont sie, dass das Verständnis von Bürgerschaft während des kommunistischen Systems auf kollektiven Rechten basierte sowie auf einem Verständnis von Bürgerschaft als Pflicht, das rituelle Praktiken der gesellschaftlichen Partizipation im Sinne einer bindenden Verpflichtung umfasste (Jalušić 2003: 83). Beide Darlegungen spielen eine wesentliche Rolle im Prozess der Konstruktion und Konstituierung einer nationalen und kulturellen Identität nach 1989 und dem Versuch, Staat und Nation »zu vereinen«. Solche Haltungen stellen nicht nur eine Art »Erbe« dar, das zu einem spezifischen Verständnis sowohl von Nation, Staat und Bürgerschaft führt, sondern beeinflussen – so meine These – auch die Deutungen von Demokratie.

Im ersten Kapitel beschäftige ich mich mit den methodologischen Implikationen einer ethnographischen Forschung im »postsozialistischen« Warschau. Dabei wird die *Herstellung des Feldes* als ein Prozess beschrieben, innerhalb dessen verschiedene Elemente eine Rolle spielen, wie beispielsweise ethnologische Feldforschungsparadigmen, ebenso wie Vorstellungen vom Feld an-

6 Zum Verständnis des Staates bzw. der Gesellschaft in Polen siehe beispielsweise Hans Henning Hahn (1988).

hand von Vorentwürfen einer Feldforschung, aber auch sich wandelnde Fragestellungen im Zuge der Grundlagenermittlung.

Im Kapitel *Konzepte und Begriffe* werden die für die Arbeit grundlegenden Forschungs- und Theoriebestände der Kultur- und Sozialanthropologie, der Sozialwissenschaften und der feministischen Theorien vorgestellt. Ausgehend von der Problematik einer »histoire immédiate« (Szacki 2003) werde ich die Begriffe »Transition« sowie »Postsozialismus« und »Osteuropafor- schung« und die damit einhergehende Konstruktion des Ostens als das »An- dere« *zum* Westen kritisch diskutieren und in den Kontext meiner Arbeit stellen. Dabei frage ich auch, welche theoretischen und methodologischen Konzepte hilfreich sein können, diese Begriffe mit ihren immanenten Hege- monien und Dichotomien zu umgehen. Angesichts der Problematik dieser Begriffe wird überprüft, ob und inwiefern das Konzept der »multiple moder- nities« (Eisenstadt 2002) fruchtbar ist für die Erforschung des so genannten Ostens und inwiefern es sich sinnvoll mit einer Post-Kalter-Krieg-Perspektive bzw. den Ansätzen einer »global ethnography« (Burawoy 2000) verknüpfen lässt. Im Anschluss daran werde ich auf die Bedeutung von »Geschlecht« im Demokratisierungsprozess eingehen. »Geschlecht« ist dabei nicht nur Analy- sekategorie und Perspektive, die danach fragt, wie solche Prozesse durch die »Gender-Brille« aussehen, sondern zentraler Gegenstand politischer Verhand- lungen – nicht nur in Polen. Im Zuge dessen werde ich sowohl Bourdieus Konzept des politischen Feldes sowie Konzepte von Citizenship vorstellen, die den wesentlichen Analyserahmen für die vorliegende Arbeit bilden.

Ausgehend vom Bruchjahr 1989 nimmt der folgende Teil *Das Geschlecht von Demokratie und Nation* den Prozess der Rekonstituierung der polnischen Nation am Beispiel von geschlechterpolitischen Debatten in den Blick. Im Zentrum meines Interesses steht dabei die Frage, welche verborgenen Struktu- ren oder auch Codes und welche global zirkulierenden Diskurse die lokalen Deutungen von Demokratie und Freiheit gestalten und auf welche Weise poli- tische, historische und religiöse Werte und Traditionen ein spezifisches Ver- ständnis von Demokratie und BürgerInnenschaft informieren.

Im Kapitel *An den Rändern: Subversion und Widerstand* wird die Per- spektive gewechselt: Hier richtet sich der Blick auf die Aktionen und Praxen informeller Netzwerke und damit auf die Ränder des politischen Feldes. Aus- gehend von der Manifa, einer Demonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März, wird die Entwicklung einer sozialen Bewegung beschrieben, die widerständige Praxen und alternative Visionen einer polnischen Gesellschaft entwickelt. Mittels verschiedener Konzepte von Citizenship wird untersucht, inwiefern diese Netzwerke dazu beitragen, das Politische, sowie das Verhält- nis zwischen Staat, Nation und BürgerIn, zu reformulieren.

Im Kapitel *Polen in Europa, Europa in Polen* wird ausgehend von der his- torischen Bedeutung Europas für Polen beschrieben, wie verschiedene Ak-

teursgruppen – Frauen-NGOs und informelle Netzwerke einerseits und politische Parteien andererseits – kontrastierende EU-Diskurse einsetzen, um ihre Vision der polnischen Gesellschaft bzw. des polnischen Nationalstaates durchzusetzen. Neben der Betrachtung der kontrastierenden Vorstellungen von der EU wird dargestellt, wie einerseits die Sprache des Rechts und andererseits die Sprache der Tradition eingesetzt und gegeneinander ausgespielt werden. Zwei Aspekte stehen dabei im Zentrum meines Interesses: Zum einen kann gezeigt werden, wie Rechtsdiskurse zwar vielfältig angewandt werden, um politische und soziale Rechte zu erstreiten, zugleich jedoch wird deutlich, dass Rechtssysteme immer auch ein Mittel zur Konstruktion einer nationalen Identität sind. In dieser Logik werden bestimmte Rechtsforderungen bzw. eine transnationale Sprache des Rechts als »illegitim« bzw. als »fremd« und »unerwünscht« gedeutet. Zum Zweiten wird beschrieben, auf welche Weise die Europäisierung Spannungsfelder zwischen kulturell informierten und liberal formulierten Vorstellungen von Nation und Demokratie schafft.

Sprache als Form des öffentlichen ebenso wie »unerlaubten« Sprechens, als Ausdruck neuer Erfahrungen, als Vermittlerin von »Wahrheit« und als Ausdruck zivilisierten Benehmens, im Kleide neuer Bedeutungen und Zuschreibungen, sowie als machtvoll Instrument eines »Neusprech«, spielt dabei eine wesentliche Rolle. Daher frage ich in einem zweiten Schritt, wie mittels global reisender Begriffe lokale Verhältnisse zwischen Staat, Nation und Subjekt in Frage gestellt werden bzw. sich verändern. Und schließlich wird analysiert, was als »unerlaubtes« Sprechen gedeutet wird, wie Sprechen und Nicht-Sprechen Ausschlussmechanismen kreieren und bestimmte Staatsbürgertypen ermöglichen oder verunmöglichen. Dabei zeige ich, auf welche Weise Sexualität zum zentralen Verhandlungsgegenstand wird, mittels dessen sowohl die kulturelle und nationale Identität Polens als auch Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Toleranz verhandelt und mit spezifischen Deutungen von Demokratie verbunden werden.

Die Beschreibungen und Interpretationen, auf denen diese Arbeit basiert, sind Teil einer *histoire immédiate*: die Diskussionen in Polen und in Europa gehen weiter. Meine *Abschließenden Bemerkungen* verstehe ich daher im Wesentlichen als Formulierung einiger Fragen, die sich mir im Laufe der Forschung und beim Schreiben der Arbeit gestellt haben, unter anderem: Inwiefern birgt die »westeuropäische« Entrüstung gegenüber den homophoben Äußerungen in Polen die Gefahr einer Kolonialisierung der neuen EU-Mitgliedsstaaten? Meine Vermutung ist, dass mittels Mahnungen und einer supranationalen oder europäischen Bewegung »Modernität«, »Aufklärung« und »Zivilisation« in den »wildem Osten« – zu lesen als unzivilisierter Osten – gebracht werden sollen, und zwar eine Form der Aufklärung und Modernität, über die man auch im kapitalistischen Westen erst in den vergangenen Jahren Übereinkunft gefunden hat.